

**Die Entwicklung ostdeutscher Industriebranchen
seit der Wiedervereinigung**

– eine Zusammenfassung überarbeiteter und
aktualisierter Branchenskizzen –

Siegfried Beer

August, 2001

Nr. 150

Diskussionspapiere
Discussion Papers

Autor: Diplomwirtschaftler Siegfried Beer
 Abteilung Strukturwandel
 sbr@iwh-halle.de
 Tel.: (0345) 7753-857

Diskussionspapiere stehen in der alleinigen Verantwortung des jeweiligen Autors. Die darin vertretenen Auffassungen stellen keine Meinungsäußerung des IWH dar.

Anregungen und kritische Bemerkungen zu den dargestellten Untersuchungsergebnissen sind jederzeit willkommen und erwünscht.

Herausgeber:
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH)
Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Telefon: (03 45) 77 53-60
Telefax: (03 45) 77 53-8 20
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Im Fokus: Die Entwicklung ausgewählter ostdeutscher Industriebranchen seit der Wiedervereinigung (Branchenskizzen)	7
2.1	Ernährungsgewerbe	8
2.2	Kraftwagenproduktion	10
2.3	Maschinenbau	13
2.4	Chemische Industrie	15
2.5	Elektronikindustrie	17
2.6	Elektrotechnik	19
2.7	Metallverarbeitende Industrie	22
2.8	Metallerzeugung und -bearbeitung	24
2.9	Steine und Erden- sowie Glas- und Keramikindustrie	26
2.10	Gummi- und Kunststoffwarenindustrie	29
2.11	Schiffbau und Schienenfahrzeugbau	32
2.12	Verlags- und Druckgewerbe	35
2.13	Papiergewerbe	37
2.14	Holzindustrie (ohne Möbelproduktion)	40
2.15	Möbelindustrie	42
2.16	Textilindustrie	45
3.	Literaturverzeichnis	47

1. Einleitung

„Zu den Hinterlassenschaften der DDR gehörte eine Industrie, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen in weiten Teilen nicht wettbewerbsfähig war. Der Zusammenbruch war deshalb unausweichlich. Es blieb nur die Hoffnung auf einen Neubeginn – den Aufbau moderner industrieller Strukturen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten können.

Die wirtschaftliche Erneuerung einer Region ist allerdings eine ungemein schwierige und langwierige Aufgabe...“¹

Die Industrie der neuen Länder hat, aus dem Blickwinkel des Jahres 2001, eine komplizierte und schwierige Wegstrecke hinter sich gebracht. Hohe Wachstumsraten bei Produktion und Absatz in den letzten Jahren deuten gleichwohl darauf hin, dass sie in diesem Prozess erheblich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen und in vielen Bereichen die westdeutsche und internationale Konkurrenz nicht mehr zu scheuen braucht. Das Hauptproblem besteht darin, dass – trotz der enorm modernisierten und erweiterten Kapazitäten – die industrielle Basis nach wie vor (zu) schmal ist. 2000 betrug der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (ohne Berlin) 15% (1995: 11,5%), in Westdeutschland (einschl. Berlin) hingegen 24%. Pro 10 000 Einwohner waren im Osten etwa 570 Personen im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt und im Westen beinahe doppelt so viele (1 085). Das bedingt u. a., dass das Potenzial der neuen Länder, überregionale Nachfrage auf sich zu ziehen und an der Exportentwicklung teilzuhaben, deutlich geringer ist. Die andauernde industrielle Lücke beeinträchtigt zudem das Wachstum weiterer Wirtschaftsbereiche, insbesondere im Dienstleistungssektor. Die Industrie in Ostdeutschland muss deshalb in den nächsten Jahren weiter kraftvoll wachsen, damit das Wachstum der gesamten Wirtschaft beschleunigt, der Aufholprozess gegenüber Westdeutschland wieder aufgenommen wird und an Fahrt gewinnt.

An dieser Stelle scheint es zweckmäßig, Folgendes noch einmal in Erinnerung zu rufen:

Die Industrie wurde von den Schocks, die von der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ausgingen, am meisten getroffen. Veraltete Strukturen, ein zumeist obsoleter Kapitalstock und überzählige Personalbestände wurden so rasch offen gelegt. Zum Kollaps haben auch Modalitäten bei der Währungsumstellung sowie der kräftige Anstieg der Lohnkosten bereits vor und unmittelbar nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beigetragen. Trotz Unterstützungsmaßnahmen gingen Tausende von Betrieben in Konkurs bzw. wurden durch die Treuhandanstalt liquidiert. Von 1991 bis Ende 1999 sind allein 1 400 privatisierte Unternehmen während ihrer Vertragslaufzeit, das sind etwa 12% der Unternehmensprivatisierungen, insolvent geworden.² Für das gesamte Ausmaß wurden die Begriffe „Zusammenbruch“ bzw. „Niedergang“ (der ostdeutschen Industrie) geprägt. Die einzelnen Branchen waren dabei in unterschiedlichem Maße und zu unterschiedlichen Zeiträumen betroffen. Die Wirkungen für die ostdeutsche Wirtschaft waren jedoch insgesamt verheerend. Die Industrie gehörte deshalb lange Zeit zur Achillesferse der Wirtschaft.

Die Privatisierung, massive finanzielle Anreize für Investoren und verbesserte staatliche Rahmenbedingungen ebneten den Weg, dass es in vielen Unternehmen nach einer kräftigen Schrumpfungphase wieder „bergauf“ ging. Den „turnaround“ bewältigten am raschesten das Ernährungsgewerbe und das Verlags- und Druckgewerbe. Ihnen folgten die Betriebe der Branchen, die überwiegend von der dynamischen Entwicklung der Investitions- und Bautätigkeit in Ostdeutschland (z. B. Steine und Erden-Industrie, Kunststoffwarenindustrie, Metallverarbeitung) profitierten. Die verstärkte Inlandsnachfrage, u. a. der privaten Haushalte, und die Verbesserung der Konjunktur in Westdeutschland sowie in weiteren westlichen Industriestaaten trugen dazu bei, dass sich bis 1994 die Unternehmen weiterer Industriezweige (u. a. Metallherzeugung und -bearbeitung, Elektrotechnik, Holzgewerbe) von der Talsohle lösen konnten. Die längste Periode für die Einleitung eines stabilen Produktionswachstums benötigten der Maschi-

¹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, 18. Bericht, Halle (Saale), 1998, S. 19.

² Quelle: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: In Erfüllung des Treuhandauftrages – Ergebnisse der Privatisierung, Berlin, Juli 2000, S. 9.

H

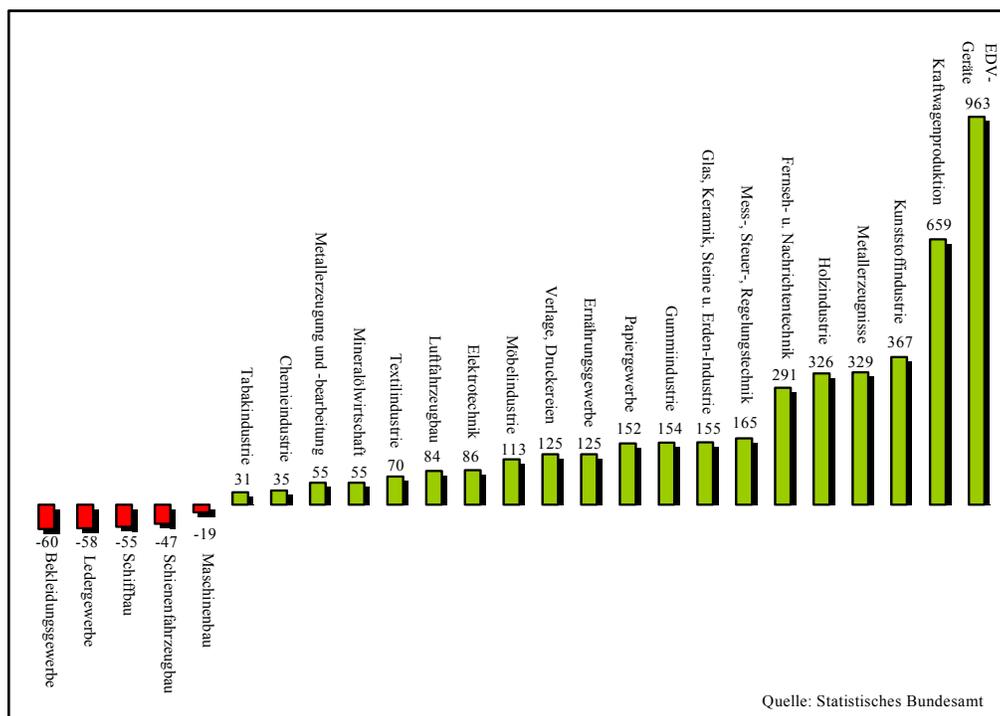
nenbau und die Chemische Industrie, Zweige, die einst in der DDR-Industrie dominierten. Im Maschinenbau gestaltete sich die Privatisierung, mit verursacht durch die sich verschlechternden konjunkturellen Bedingungen auf den Weltmärkten, langwierig und kompliziert. Dadurch wurde der Beginn der Restrukturierung verzögert. Der Maschinenbau gehört deshalb zu den wenigen Branchen, die das Produktionsniveau von 1991 (noch) nicht erreicht haben. In der Chemischen Industrie (wie auch in der Mineralölverarbeitung) brauchte die Realisierung der „durchschlagenden“ großen Investitionen Zeit. In diesen kapitalintensiven Zweig ist, nach Angaben des ifo Instituts München, von 1991 bis 2000 etwa ein Siebtel der Investitionssumme des gesamten ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes (rund 23 Mrd. DM von 161 Mrd. DM) geflossen.

Auf einen stabilen Wachstumspfad nicht zurückgekehrt sind der Schiffbau und der Schienenfahrzeugbau sowie das Bekleidungs- und Lederhandwerk, das Ledergewerbe und die Schmuckwarenproduktion – Branchen, die auch in Westdeutschland zu den eher schrumpfenden gehören. Ihr Umsatzanteil am Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands belief sich 2000 auf 3,2% (1995: 3,8%).

Das größte Produktionswachstum seit 1996 verzeichnen die Industriezweige, in denen namhafte große Konzerne in zumeist neue Fabriken gewaltige Mittel investierten: die Automobilproduktion, die Herstellung von Datenverarbeitungstechnik, die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (durch die Chipproduktion) und der Luft- und Raumfahrzeugbau. Das Produktions- und Umsatzgewicht des Luft- und Raumfahrzeugbaus wie auch der Datenverarbeitungs- und Chipproduktion ist dennoch relativ klein, sodass sich deren hohe Steigerungsraten nicht entsprechend auf die Entwicklung des gesamten Verarbeitenden Gewerbes und noch weniger auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft in den neuen Ländern auswirken. Lediglich die Kraftfahrzeugproduktion hat einen bedeutenden Strukturanteil und nimmt inzwischen in der Umsatzhöhe, nach dem Ernährungsgewerbe, den zweiten Platz ein. Der gesamte Anteil der genannten wachstumsstärksten Industriebranchen am Umsatz des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes betrug im Jahr 2000 15,5% (1995: 8,6%), also etwas mehr als ein Siebtel.

Den seit 1991 vollzogenen Strukturwandel zeigt die folgende Abbildung:

Veränderung der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes 1991 bis 2000
in Ostdeutschland
in %



Anliegen des vorliegenden Beitrages ist es, anhand ausgewählter Branchen den schwierigen Prozess der Restrukturierung und des strukturellen Wandels in der ostdeutschen Industrie seit dem Übergang in die Marktwirtschaft bis Ende 2000 aufzuzeigen und den dabei erreichten Stand, vor allem im Vergleich zu Westdeutschland, einzuschätzen. Dazu wurden verschiedene Materialien und Quellen ausgewertet; neben Daten der amtlichen Statistik sowie weiterer wirtschaftswissenschaftlicher Institute (ifo Institut München, DIW Berlin) Materialien der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sowie in Einzelfällen Untersuchungsergebnisse von Verbänden und Geschäftsberichte von Unternehmen.

Daraus kann generell resümiert werden, dass die fundamentalen Schritte zur Bewältigung der Umbruchprobleme in allen Branchen abgeschlossen und bei der Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit deutliche Fortschritte erkennbar sind. Gleichwohl können noch erhebliche Unterschiede ausgemacht werden. So haben einzelne Branchen das Produktivitätsniveau in Westdeutschland bereits erreicht oder sind nahe dran (Medizin-, Mess- und Regelungstechnik, Holzindustrie; Druckgewerbe, EDV-Geräteindustrie), während zahlreiche andere noch erhebliche Rückstände aufweisen (z. B. Maschinenbau, Metallherzeugung und -bearbeitung). Das gilt in ähnlichem Maße für die Exportquote, die als Vergleichsmaßstab für die Bewertung des Standes der Wettbewerbsfähigkeit mit herangezogen wurde.

Der Stand der Wettbewerbsfähigkeit spiegelt sich in der Beschäftigungsentwicklung teilweise wider. Dazu wurden, in Ergänzung der Daten für die Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten, Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit über die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen Betrieben, also einschließlich den Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten, ausgewertet. Dies erlaubt, die Einschätzung zu objektivieren. Danach hat sich die positive Tendenz im Beschäftigungsaufbau des Verarbeitenden Gewerbes der neuen Länder fortgesetzt: die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich von 789 100 Mitte 1999 auf 792 200 Mitte 2000. Die größten Beschäftigungsgewinne verbuchten Branchen wie die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (vor allem durch die Ausweitung der Chipproduktion), die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik sowie das Verlags- und Druckgewerbe. Demgegenüber war die Zahl der Arbeitsplätze in Bereichen wie dem Ernährungsgewerbe, der Möbel- und Schmuckindustrie sowie der Steine und Erdenindustrie weiter rückläufig.

Weitgehend unterbelichtet blieben im Rahmen der Untersuchungen Fragen der Ertragsentwicklung. Daten der amtlichen Statistik stehen dazu nur bis 1997 zur Verfügung. Zu prüfen wird daher sein, ob sich aus weiteren Quellen (u. a. IAB-Panel) noch aktuellere Einschätzungsmöglichkeiten ergeben.

Für die vorliegende Publikation wurden die bereits in der „Wirtschaft im Wandel“ im Zeitraum von Februar 1999 bis Juni 2001 veröffentlichten Branchenskizzen überarbeitet und aktualisiert.

Die Branchen sind nach dem absteigenden Umsatzvolumen im Jahr 2000 geordnet.

Abgewichen wurde davon, wegen der engen Nähe dieser Branchen, lediglich in zwei Fällen (Metallindustrie, Elektroindustrie).

2. Im Fokus:

Die Entwicklung ausgewählter ostdeutscher Industriebranchen seit der Wiedervereinigung (Branchenskizzen)

2.1 Ernährungsgewerbe

Das Ernährungsgewerbe hat sich schneller als die meisten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes von den Schocks erholt, die durch die Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung in Ostdeutschland ausgelöst wurden. Dafür sorgten u. a. das frühzeitige und umfangreiche Engagement westdeutscher und ausländischer Investoren, der kräftige Einkommensanstieg der privaten Haushalte in der ersten Hälfte der 90er Jahre und die Rückbesinnung der Ostdeutschen auf heimische Waren, darunter bekannte DDR-Markenartikel. Mit rund 30 Mrd. DM Umsatz und 87 000³ Beschäftigten im Jahr 2000 ist das Ernährungsgewerbe auch die umsatz- und beschäftigungsstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes (in Westdeutschland sind dies die Automobilindustrie bzw. der Maschinenbau).

Die Betriebe der Ernährungswirtschaft waren nach der Einführung der Marktwirtschaft von starken Produktionseinbrüchen betroffen. 1990 war z. B. die mengenmäßige Produktion von Obst- und Gemüsekonserven, Dauerbackwaren sowie Schokoladenerzeugnissen um mehr als die Hälfte geringer als 1989. Eine wesentliche Ursache dafür war, dass die meisten Erzeugnisse gegenüber den sich rasch ausweitenden Angeboten westdeutscher und ausländischer Unternehmen nicht wettbewerbsfähig waren. Hinzu gesellte sich die große Neugierde der Bevölkerung, „Westwaren“ kennenzulernen und zu testen. Das führte dazu, dass heimische Artikel eine Zeit lang kaum noch nachgefragt wurden. Viele Betriebe wurden mit dieser Situation nicht fertig und mussten liquidiert werden. Das betraf etwa 30% (250 von 860) der Unternehmen, die im Brutto-Bestand der Treuhandanstalt waren.

Im Rahmen der Privatisierung wurde – nach einer DIW-Umfrage – etwa ein Drittel der Unternehmen des Ernährungsgewerbes von westdeutschen und ausländischen Unternehmen erworben (im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt ca. ein Viertel). Hierbei spielte mit eine Rolle, dass es sich vielfach um regionale Märkte handelte, deren Bedienung vom Westen mit Kostennachteilen verbunden gewesen wäre. Der Übernahme folgten zumeist umfangreiche Investitionen zur Modernisierung und zum Ausbau der Kapazitäten. Insgesamt wurden von 1991 bis 2000 etwa 20 Mrd. DM investiert (einschl. Tabakverarbeitung). Die Kapitalintensität hat dadurch, wie Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, ergeben haben, etwa 70% des Standes des westdeutschen Ernährungsgewerbes erreicht.

In Verbindung mit zahlreichen angebotsfördernden Schritten (neue bzw. weiterentwickelte Produkte, verbesserte Marketingstrategien u. a.) und durch nachfragestärkende Einflüsse (dynamische Einkommenszuwächse, Rückbesinnung auf regionale Waren und DDR-Markenartikel) erzielten die Betriebe von 1991 bis 1997 überdurchschnittliche Produktionssteigerungen (jahresdurchschnittlich 12,0% gegenüber 6,4% im gesamten Verarbeitenden Gewerbe). Danach hat das Produktionswachstum deutlich abgenommen und war, wie in Westdeutschland üblich, geringer als im Schnitt des Verarbeitenden Gewerbes. 2000 erhöhte sich die Produktion gegenüber 1999 um 6,3%, die des Verarbeitenden Gewerbes stieg um 13 Prozent an. Vom Gesamtumsatz (29,9 Mrd. DM) entfielen die größten Umsatzanteile auf die Schlacht- und Fleischverarbeitung (rd. 24 %), die Milchverarbeitung (20,5%) und Getränkeherstellung (19%). Der Exportanteil war mit knapp 7 % nur etwa halb so groß wie in Westdeutschland (13%). Zum Teil dürfte dies auf die Produktionsstruktur und die Dominanz von Klein- und Mittelbetrieben zurückzuführen sein. So existierten 1999 (Ende September) lediglich 8 Betriebe mit über 500 Beschäftigten, in Westdeutschland hingegen 135, darunter 24 mit über 1 000 Mitarbeiter.

Die geringere Betriebsgröße ist auch ein Grund, weshalb die Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, erheblich niedriger ist als in Westdeutschland. 1999 belief sich die Produktivitätslücke nach Berechnungen des DIW Berlin auf rund 30%, bei zum Teil deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Sparten. Mit einer ähnlich hohen Produktivität wie die Unternehmen in Westdeutschland arbeiten die Getränkeproduzenten; sie befinden sich auch zum größten Teil in den Händen westdeutscher Unternehmen.

Auch in der Rentabilität der Unternehmen sind Fortschritte unverkennbar. Nach den (unvollständigen) amtlichen Daten reichten die Erlöse 1997 zum ersten Male aus, um die Kosten zu decken. Danach dürften

³ Unter Einbeziehung der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten erhöht sich diese Zahl auf rund 124 000.

H

weitere Ergebnisverbesserungen eingetreten sein. Fraglich ist allerdings, ob die Erträge im Jahr 2000 bereits an das Renditeniveau in Westdeutschland heranreichten.

2.2 Kraftwagenproduktion

Die Kraftfahrzeugproduktion (Kraftwagen- und -teileproduktion) gehört in Ostdeutschland zu den Industriebranchen mit der größten Wachstumsdynamik. Sie nimmt inzwischen, gemessen am Produktionsumfang und an der Umsatzhöhe, die zweite Position in der Industrie der neuen Länder (nach dem Ernährungsgewerbe) ein. Entscheidend dafür war das frühzeitige Engagement westdeutscher und ausländischer Investoren, darunter großer Automobilkonzerne, und der damit verbundene kräftige Zufluss von Kapital und Know-how. Zudem hatte sich seit 1994 die weltweite Nachfrage nach Automobilen deutlich belebt.

Die Voraussetzungen für den Start in die Marktwirtschaft waren (auch) für die Betriebe des Kraftfahrzeugbaus alles andere als rosig. Überwiegend veraltete Produkte bestimmten das Erzeugnisprogramm, der Kapitalstock war in weiten Teilen unmodern und verschlissen, die Fertigungstiefe sowie der Personalbestand waren sehr hoch. Die unmittelbare Folge der Marktöffnung waren tiefe Produktionseinschnitte und das gänzliche Auslaufen nicht mehr nachgefragter Modelle wie der Pkw „Trabant“ und „Wartburg“ im Jahr 1991. Die Umstrukturierung und der Neuaufbau der Kraftfahrzeugproduktion kamen insbesondere durch die frühzeitige Zusammenarbeit mit großen Automobilherstellern in Gang. Dabei konnte teilweise auf Geschäftsbeziehungen, die bereits in der DDR-Zeit existierten (z. B. mit der Volkswagen AG) aufgebaut werden. Für den weiteren Fortgang waren vor allem die Entscheidungen zweier Automobilkonzerne zum Bau neuer Werke in Ostdeutschland (Eisenach; Mosel bei Zwickau) maßgeblich. Hierbei handelt es sich um Regionen mit einer langjährigen Tradition in der Kraftfahrzeugproduktion, in denen u. a. fachlich gut ausgebildete Arbeitskräfte vorhanden waren.

Von 1991 bis 2000 wurden – nach Daten des ifo Instituts München – insgesamt ca. 10 Mrd. DM in die Restrukturierung und den Neuaufbau der Straßenfahrzeugproduktion investiert. Davon sind allein rund 3,5 Mrd. DM in das neue Werk in Mosel und in die Motorenfertigung in Chemnitz sowie rund 2 Mrd. DM in das neue Werk in Eisenach geflossen. Ostdeutschland hat sich dadurch zu einem der modernsten Standorte der Pkw-Produktion in Europa entwickelt.

Durch die kräftige Investitionstätigkeit, Einführung moderner Produktionskonzepte u. a. hat sich die Produktion der Kraftfahrzeugindustrie um etwa das 6,5 fache im Jahr 2000 gegenüber 1991 erhöht. Ein noch höheres Produktionswachstum erreichten lediglich die Hersteller von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen. Der Umsatz (ohne Umsatzsteuer) der Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten stieg 2000 auf rund 16,6 Mrd. DM. Damit wurde rund ein Elftel des gesamten Umsatzes der ostdeutschen Industrie in der Kraftfahrzeugproduktion erlöst. Gegenüber 1999 erhöhte er sich um 10 %. 2000 wurden in Ostdeutschland rund 388 000 Pkw produziert, das sind 7,6 % der Inlandsproduktion der deutschen Hersteller.

Beinahe die Hälfte des Umsatzes der Kraftwagenproduktion, bei Kraftwagen und Kraftwagenmotoren sogar über zwei Drittel, wurde 2000 im Ausland realisiert. Damit ist die Kraftfahrzeugindustrie, wie in Westdeutschland, die exportintensivste Branche. Rund ein Fünftel der Exporte der ostdeutschen Industrie im Jahr 2000 stammte von Betrieben dieses Zweiges.

Durch die kräftige Erhöhung der Produktion sind von 1996 bis 2000 per saldo über 10 000 neue Arbeitsplätze entstanden, etwa je zur Hälfte bei Automobilproduzenten (einschl. Motorenbau) als auch bei Zulieferern. Im Jahr 2000 ging der Beschäftigungszuwachs vor allem auf das Konto der Teilehersteller.

In der Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, bestehen trotz der gewaltigen Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen noch erhebliche Defizite gegenüber Westdeutschland. 1999 beliefen sie sich, nach Berechnungen des DIW Berlin, auf über 35%. Ein Grund dürfte die erheblich geringere Betriebsgröße sein. 1999 betrug die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Betriebe (ohne industrielle Kleinbetriebe) rund 179. In Westdeutschland dagegen waren die Betriebe mit einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 748 mehr als viermal so groß. Auch in der Kapitalintensität hinken die Betriebe Westdeutschland noch etwas hinterher.

Durch die Entscheidungen der Porsche AG, Stuttgart und der BMW AG, München, neue Produktionsstätten in Leipzig zu errichten, ist zu erwarten, dass sich die dynamische Entwicklung der Kraftfahrzeugproduktion in den neuen Ländern fortsetzt.

H

IW

IWH

2.3 Maschinenbau

Der Maschinenbau gehört zu den Industriebranchen in Ostdeutschland, die nach der Einführung der Marktwirtschaft am stärksten geschrumpft sind. Dafür gibt es vielfältige Ursachen. Erschwert wurde die Bewältigung der Transformationsprobleme durch die größte Rezession der Nachkriegszeit in diesem Zweig in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Danach sind Fortschritte in Produktion und Absatz zwar unverkennbar; das Wachstumstempo ist dennoch deutlich hinter dem des gesamten Verarbeitenden Gewerbes zurückgeblieben. Der Maschinenbau gehört so zu den wenigen Branchen, die das Produktionsniveau von 1991 noch nicht wieder erreicht haben.

Der Maschinenbau war in der DDR – mit 540 000 Beschäftigten in über 600 Unternehmen – die bedeutendste Industriebranche. Über die Hälfte der Erzeugnisse wurde exportiert, vor allem in die Sowjetunion. Mit der Einführung der Marktwirtschaft wurden die Unternehmen vor zahlreiche komplizierte Probleme gestellt. Sie resultierten zum Teil aus der starken Fokussierung auf den osteuropäischen Markt, wie etwa der hohe Anteil standardisierter Massenproduktion und eine Branchenstruktur, die zwar dem Bedarf der sowjetischen Wirtschaft, aber nicht der Nachfragesituation auf den Weltmärkten entsprach (z. B. der relativ hohe Anteil der Landmaschinen- und Bergbaumaschinenproduktion). Zur Bewältigung dieser und weiterer Transformationsaufgaben kamen äußerst schlechte konjunkturelle Bedingungen hinzu. Die tiefe Rezession im gesamten westeuropäischen Maschinenbau von 1992 bis 1994 bedingte, dass es nur ein geringes Interesse westdeutscher und ausländischer Unternehmen gab, sich in ostdeutschen Maschinenbaubetrieben zu engagieren. Damit fehlten besonders in der Anfangsphase wesentliche Quellen für Investitionen und einen Know-how-Transfer. Verzögerungen in der Privatisierung und Restrukturierung und die jahrelange Nachfrageschwäche führten zu wachsenden Absatz- und Finanzierungsproblemen in den Betrieben. Für über ein Viertel von ihnen (rund 300 von 1 100) wurde deshalb von der Treuhandanstalt die Liquidation eingeleitet. 1994 war die Produktion um etwa 40% geringer als 1991 und damit der Tiefpunkt im Umbau des Maschinenbaus erreicht.

Von 1995 bis 2000 haben die Betriebe Produktion und Umsatz um jeweils 30% gesteigert. Die Wachstumsraten blieben jedoch deutlich hinter denen des gesamten Verarbeitenden Gewerbes (55 bzw. 52,5%) zurück. Obwohl die Exportquote auf 27 % (1995: 22,4%) erhöht wurde, konnten die Betriebe längst nicht in dem Maße von der günstigen Konjunktur auf den Auslandsmärkten profitieren wie die Betriebe in Westdeutschland (Exportquote: 49,4%). Mehr als verdoppelt wurde im genannten Zeitraum die Produktion von Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige, u. a. für das Druckgewerbe. Überdurchschnittlich ist auch die Herstellung von Werkzeugmaschinen ausgeweitet worden. Im Jahr 2000 wurden Erzeugnisse im Wert von insgesamt 14,9 Mrd. DM umgesetzt, darunter für 4 Mrd. DM im Ausland. Die Umsatzstruktur hat sich der in Westdeutschland inzwischen angenähert. Der Anteil am Umsatz des gesamtdeutschen Maschinenbaus belief sich 2000 auf 5 %, was ein Bild über die relativ geringe Größe des Maschinenbaus in den neuen Ländern vermittelt.

Investiert wurden von 1991 bis 2000 etwa 12,5 Mrd. DM. Damit ist die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze, nach Berechnungen des DIW Berlin, um etwa ein Fünftel niedriger als in Westdeutschland. Die Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, dürfte sich schätzungsweise auf 70 bis 75% des westdeutschen Niveaus belaufen. Eine Ursache für diese Lücke besteht darin, dass die Betriebe im Schnitt nur halb so groß sind wie die Betriebe in Westdeutschland (76 bzw. 153 Beschäftigte pro Betrieb).

Die Beschäftigungslage hat sich mit dem Ankurbeln der Produktion immer mehr stabilisiert. Nach den Daten der amtlichen Statistik hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Berlin-Ost), unter Einbeziehung der Betriebe mit weniger als 20 Mitarbeitern, erstmalig im Jahr 2000 wieder erhöht; von rund 86 800 Mitte 1999 auf rund 87 200 Mitte Juni 2000.

Ein Hauptproblem ist die Ertragslage. Bis 1997, wofür letztmalig Angaben der amtlichen Statistik für Ostdeutschland vorliegen, erwirtschafteten die Unternehmen im Schnitt noch keine Gewinne, sodass – auch bei einem günstigen Verlauf in den Folgejahren – davon ausgegangen werden kann, dass die Eigenkapitalsituation vieler Betriebe noch sehr angespannt ist.

IWH

2.4 Chemische Industrie

Die chemische Industrie zählte lange Zeit zu den Sorgenkindern im Transformationsprozess. Ein Indiz dafür ist, dass noch bis zum Jahr 1996 Produktion und Absatz schrumpften (gegenüber 1991 um über ein Fünftel). Danach hat sich die Entwicklung in dem Maße, wie die Restrukturierung vorangetrieben und vor allem die großen Investitionen (u. a. in Leuna, Böhlen und Bitterfeld) produktionswirksam geworden sind, deutlich verbessert. Produktion und Umsatz haben seit 1997 deutlich zugelegt. Die erreichten Ergebnisse haben sich auch in der Beschäftigungsentwicklung niedergeschlagen. Die chemische Industrie präsentiert sich insgesamt als eine moderne mittelständisch geprägte Industriebranche, die den Strukturwandel erfolgreich vollzogen hat. Ein dafür sichtbares Zeichen ist auch die spürbare Verringerung der Umweltbelastung.

Die Restrukturierungsfortschritte haben besonders im Jahr 2000 zu Buche geschlagen. Gegenüber 1999 wurde die Produktion um knapp ein Drittel erhöht. Der Umsatz, der in etwa gleicher Größenordnung anstieg, erhöhte sich auf 14,7 Mrd. DM. Gemessen an diesem Indikator, hat der Stellenwert der chemischen Industrie in der ostdeutschen Wirtschaft wieder zugenommen. In einem Ranking nimmt sie nunmehr – nach dem Ernährungsgewerbe, dem Automobilbau und dem Maschinenbau – den vierten Platz ein. Mit einem Anteil von 5,6% (1995: 4,2%) am gesamtdeutschen Umsatz der chemischen Industrie bleibt ihre wirtschaftliche Bedeutung im vereinigten Deutschland dennoch sehr gering.

Die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen spiegelt sich u. a. in einer kräftigen Zunahme der Exporte wider. Von 1995 bis 2000 haben sich die Auslandslieferungen mehr als verdoppelt; im Jahr 2000 stiegen sie gegenüber dem Vorjahr um beinahe die Hälfte an. Damit entfiel fast ein Drittel (in Westdeutschland über die Hälfte) des Gesamtumsatzes auf überregionale Märkte. Begünstigt wurde diese Entwicklung dadurch, dass viele Unternehmen das Know-how und die Absatzkanäle ihrer westdeutschen oder ausländischen Mütter nutzen können.

Den größten Anteil am Umsatz haben mit rund 60% (bzw. 8,9 Mrd. DM) – und damit erheblich ausgeprägter als in Westdeutschland (44,5%) – chemische Grundstoffe. Daran sind Kunststoffe in Primärformen (verschiedene Polymere, Polyester, Polyamide u. a.) etwa zur Hälfte beteiligt; sie sind auch anteilig am stärksten in den Exporten vertreten. Erzeugnisse wie Pharmazeutika, Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel sowie Anstrichstoffe haben im Vergleich zu Westdeutschland einen geringeren Umsatzanteil.

Positives kann auch über die Beschäftigung berichtet werden. Zum einen ist der Personalabbau in den großen Unternehmen, der im Zusammenhang mit den Restrukturierungsmaßnahmen in einzelnen Unternehmen in den letzten Jahren noch auftrat, zum Stillstand gekommen. Durch die gestiegene Produktionswirksamkeit von Investitionen kommt es sogar vereinzelt zu einem Beschäftigungsaufbau. Andererseits gibt es weiterhin Beschäftigungsgewinne in kleinen und mittleren Unternehmen, die nun auch in der Entwicklung der Gesamtbeschäftigtenzahl sichtbar werden. So hat sich von Mitte 1999 bis Mitte 2000 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, kleinere Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten einbezogen, von rund 33 700 auf rund 34 200 erhöht.

Investiert wurden, nach Angaben des ifo Instituts München, in die Neuerrichtung und Modernisierung von Anlagen der Chemiebetriebe von 1991 bis 2000 rund 23 Mrd. DM; pro Beschäftigten sind dies über 700 000 DM. Das ist die mit Abstand größte Summe, die in einem Industriezweig in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung investiert worden ist. Sie entspricht etwa einem Siebtel der Investitionen des gesamten Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland. Die aus den Investitionen resultierenden Abschreibungen – und die gegenüber den Unternehmen in Westdeutschland höheren Energiekosten – belasten freilich die Ertragslage der Unternehmen.

Durch die kräftige Ausweitung der Produktion ist es zu einer spürbaren Verbesserung der Arbeitsproduktivität gekommen. Sie betrug 1999, nach Berechnungen des DIW Berlin, 86% des westdeutschen Niveaus. Die noch existierende Lücke kann u. a. damit erklärt werden, dass die meisten Betriebe nicht die Größe und Reputation haben, um Skaleneffekte und andere Vorteile, wie sie viele westdeutsche Betriebe erreichen, zu realisieren. 2000 betrug die Belegschaftsstärke der Chemiebetriebe (mit mehr als 20 Beschäftigten) in Westdeutschland im Schnitt mehr als das Doppelte der Betriebe in Ostdeutschland (287 gegenüber 140 Beschäftigte pro Betrieb).

IWH

2.5 Elektronikindustrie

Die Elektronikindustrie⁴ ist die Branche der ostdeutschen Industrie, die bisher am stärksten gewachsen ist. Produktion und Umsatz haben, nach einem vorangegangenen kräftigen Kapazitätsabbau, von 1995 bis 2000 durchschnittlich jährlich um über 20% zugelegt und sind damit mehr als doppelt so schnell gewachsen wie das gesamte Verarbeitende Gewerbe in den neuen Ländern. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit erheblich verbessert haben, die Investitionen, insbesondere die großer Konzerne, zunehmend produktionswirksam geworden sind und die Nachfrage nach elektronischen Erzeugnissen, wie Computer, Multimediageräte und Handys, seit Mitte der 90er Jahre weltweit spürbar zugenommen hat.

Die Elektronikindustrie war in der DDR mit erheblichen staatlichen Hilfen aufgebaut und entwickelt worden. Ende der 80er Jahre arbeiteten allein in der Entwicklung und Fertigung mikroelektronischer Bauelemente und Baugruppen ca. 120 000 Beschäftigte in verschiedenen Kombinat. Nach der Einführung der Marktwirtschaft zeigte sich, dass die Mehrzahl der Betriebe der internationalen Konkurrenz nicht gewachsen war. So waren die meisten Erzeugnisse weitgehend veraltet und zu teuer. Ein Grund dafür war die große Sortimentsvielfalt. Zahlreiche Betriebe mussten deshalb aufgeben, für die verbliebenen gestaltete sich die Privatisierung häufig sehr schwierig. So scheiterte der Versuch, die vier Halbleiterproduzenten (in Erfurt, Dresden, Frankfurt/O. und Neuhaus/Thüringen) in einem Verbund zu verkaufen. Insbesondere das Engagement westdeutscher und ausländischer Unternehmen schuf Voraussetzungen, dass Teile der vorhandenen elektronischen Industrie wettbewerbsfähig gestaltet und neue Kapazitäten hinzugefügt wurden. Den Investoren wurden dazu häufig attraktive finanzielle öffentliche Hilfen gewährt. Außerdem konnten sie sich zumeist auf gut ausgebildetes und erfahrenes Personal stützen. Regionale Hochburgen waren Dresden, Erfurt, Jena und Frankfurt an der Oder.

Durch die Neuerrichtung, den Ausbau und die Modernisierung der Kapazitäten hat sich die Produktion der elektronischen Industrie im Zeitraum von 1995 bis 2000 nahezu verdreifacht. Der Umsatz, der noch etwas stärker gestiegen war, betrug im Jahr 2000 14,4 Mrd. DM und war damit annähernd so groß wie der Umsatz der chemischen Industrie. Über die Hälfte (in Westdeutschland 30%) des Wertes machten Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen sowie elektronische Bauelemente aus. Die Exporte wurden gegenüber 1995 um das 3,2fache auf 4,4 Mrd. DM ausgeweitet. Die Exportquote (30,5%) ist jedoch noch erheblich niedriger als die westdeutsche (50,0%).

Durch das dynamische Produktionswachstum hat sich die Beschäftigung weiter erhöht. Mitte 2000 waren in der gesamten Branche, die kleineren Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten einbezogen, 63 400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. Ein Jahr zuvor waren es rund 60 350, also etwa 3 000 weniger, gewesen.

Zum Zentrum der Elektronikindustrie in Ostdeutschland hat sich die Stadt Dresden entwickelt. Dort investieren zwei führende Anbieter von Halbleiter-Bausteinen, die Infineon Technologies AG, München, eine Tochter der Siemens AG, und der US-amerikanische Mikroelektronikkonzern Advanced Micro Devices (AMD), Sunnyvale/Kalifornien, Milliarden-Beträge in den Bau modernster Halbleiterwerke. In beiden Betrieben waren Anfang 2001 etwa 4 800 Mitarbeiter beschäftigt.

Enorme Fortschritte gibt es auch in der Produktivitätsentwicklung. Nach Berechnungen, die vom DIW Berlin durchgeführt worden sind, übertrafen die Betriebe, die Mess- und Regeltechnik herstellen, 1999 bereits das Produktivitätsniveau der Betriebe in Westdeutschland um etwa ein Zehntel. Annähernd erreicht hatten es die Betriebe, die Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen produzieren. Lediglich die Betriebe der Medientechnik haben noch eine etwas größere Lücke (von ca. 40%) zu schließen.

⁴ Neben den traditionell zugehörigen Produktionssparten wie die Herstellung von elektronischen Bauelementen und Erzeugnissen der Datenverarbeitung wurde aus Datengründen auch die Produktion von optischen und fotografischen Erzeugnissen sowie Uhren mit einbezogen. Deren Umsatzanteil ist – mit rund 10 % – relativ gering.

IWH

2.6 Elektrotechnik

Die elektrotechnische Industrie – hier begrenzt auf die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie spezieller elektrischer Ausrüstungen und Erzeugnisse⁵ – ist im Umstrukturierungsprozess, der nach dem Übergang in die Marktwirtschaft notwendig geworden war, weit vorangekommen. Massive Strukturbereinigungen, ein drastischer Personalabbau, die Erneuerung der Anlagen und weitere Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe deutlich verbessert hat. Ein Beleg dafür ist die kräftige Ausweitung der Exporte. Fortschritte gibt es u. a. auch bei der Verbesserung der Ertragslage. Dennoch dürfte sie vielen Betrieben noch Probleme bereiten.

Die Mehrzahl der Unternehmen der elektrotechnischen Industrie war nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung im Jahr 1990 nicht wettbewerbsfähig. Die Folge waren, neben der frühzeitigen Stilllegung zahlreicher Betriebe, drastische Produktionseinbrüche und steigende Verluste, die wiederum zu teils kräftigem Personalabbau zwangen. So fielen im Stammwerk des Berliner Kabelwerkes Oberspree (KWO) bis Ende 1991 rund 3 400 der ehemals 5 800 Arbeitsplätze weg. Im Rahmen der Privatisierung wurde etwa jedes dritte Unternehmen von westdeutschen oder ausländischen Investoren erworben. In die Erneuerung der Anlagen flossen bisher, von 1991 bis 2000, insgesamt ca. 3 Mrd. DM. Trotzdem wird die Kapitalintensität Westdeutschlands, wie Berechnungen des DIW Berlin ergeben haben, erst zu etwa 40% erreicht.

Die elektrotechnische Industrie befindet sich seit 1994 wieder auf einem Wachstumspfad. Ihre Produktion hat sich, gemessen am Produktionsindex, von 1995 bis 2000 um 44% erhöht, womit sie allerdings hinter der Entwicklung des gesamten Verarbeitenden Gewerbes (+55%) zurück geblieben ist. Weltweite Überkapazitäten auf Teilmärkten, ein zunehmender Wettbewerbsdruck ausländischer Anbieter und Rezessionsphasen in Westdeutschland dämpften zeitweilig die Wachstumsmöglichkeiten. Im Jahr 2000 erwirtschafteten die Betriebe (von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten) einen Umsatz von 9 Mrd. DM, das einem Anteil am gesamtdeutschen Umsatz dieser Branche von lediglich 6,5 % (1995: 5,5%) entspricht. Rund 30% des Umsatzes (in Westdeutschland fast die Hälfte) resultierten aus dem Verkauf von Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen. Einen ähnlich hohen Umsatzanteil erzielten elektrische Ausrüstungen, u. a. für Motoren und Fahrzeuge. Ihr Umsatz hat sich von 1995 bis 2000 beinahe verdoppelt. Zahlreiche Unternehmen haben sich zunehmend als Zulieferer westdeutscher und ausländischer Firmen, darunter großer Automobilkonzerne, etablieren können. Die Exporte der Branche wurden gegenüber 1995 um das 2,6fache auf rund 2,2 Mrd. DM ausgedehnt; gegenüber 1999 haben sie allein um zwei Drittel zugenommen. Damit wurde erstmalig fast ein Viertel des Umsatzes im Ausland Erlöst. Dies kann als ein Indikator gewertet werden, dass die Unternehmen auf dem besten Wege sind, die zuvor große Abhängigkeit von der Binnennachfrage einzuschränken. In Westdeutschland erzielten die Betriebe 2000 eine Exportquote von 36%.

In Verbindung mit dem Produktionswachstum hat sich der Personalabbau erheblich abgeflacht. Mitte 2000 waren in den Betrieben, einschließlich in denen mit weniger als 20 Beschäftigten, 36 450 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig; rund 300 bzw. 1 % weniger als ein Jahr zuvor. Von 1998 zu 1999 gingen noch etwa 850 Arbeitsplätze verloren. Während besonders Produzenten elektrischer Ausrüstungen ihre Beschäftigtenzahlen ausdehnten, bauten Unternehmen der übrigen Produktionssparten noch Personal ab.

Deutlich vorangekommen sind die Betriebe in der Produktivität und Ertragslage. Dennoch bestehen Rückstände gegenüber Westdeutschland. In der Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, dürfte er etwa ein Drittel betragen. Zu erklären ist die Lücke zum Teil mit der wesentlich geringeren Betriebsgröße (im Schnitt sind sie nur etwa halb so groß sind wie

⁵ Die Elektrotechnik wird häufig weiter gefasst. Aufgrund der Datenlage und der teilweise deutlich abweichenden Entwicklung in weiteren Produktgruppen (z. B. Produktion elektronischer Bauelemente) wurde diese Aggregationsebene gewählt. Sie ist identisch mit der Abteilung 31 der gültigen Wirtschaftszweigklassifikation.

—
die Betriebe in Westdeutschland) und Kapitalintensität. Aus der teilweise noch angespannten Finanzlage resultieren u. a. Probleme für die Auftragsfinanzierung und das Firmenwachstum.

H IW

2.7 Metallverarbeitende Industrie

Die metallverarbeitende Industrie hat sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem der bedeutsamsten Industriezweige in Ostdeutschland entwickelt. Die Betriebe dieser Branche profitierten bis Mitte der 90er Jahre von der dynamischen Entwicklung der Bautätigkeit in Ostdeutschland. Danach haben sie sich, durch ihre verbesserte Wettbewerbsfähigkeit, immer stärker auch als Zulieferer für Unternehmen weiterer Wirtschaftsbereiche etablieren können. Ihre Position auf den Auslandsmärkten ist jedoch, trotz einer beachtlichen Steigerung der Ausfuhren, noch relativ gering. In der Arbeitsproduktivität haben die Betriebe etwa drei Viertel des Niveaus in Westdeutschland erreicht. Der Rückstand ist damit geringer als im Durchschnitt der ostdeutschen Industrie. Seit 1997 erwirtschaften die Betriebe im Schnitt Gewinne.

Die Betriebe der Metallverarbeitung bekamen aufgrund ihrer engen Verflechtung mit den Betrieben anderer Wirtschaftszweige die Wirkungen der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bereits im Jahr 1990 deutlich zu spüren. Viele Erzeugnisse waren plötzlich nicht mehr gefragt; angestammte Liefer- und Leistungsbeziehungen waren häufig rasch weggebrochen. Drastische Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen sowie Betriebsschließungen waren die unausbleibliche Folge. Die Schrumpfung der Produktion ging jedoch, anders als in vielen anderen Industriebranchen, relativ schnell vorüber. Durch die kräftige Ausdehnung der Investitionen, insbesondere der Bau-Investitionen, ab 1991 konnte ein wachsender Teil der Betriebe an der großen Nachfrage gefragter Güter (Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, Ausbauelemente u. a.) partizipieren. Weitere Impulse gingen von der Entwicklung des Automobilbaus und der wirtschaftlichen Erholung bedeutsamer Branchen (Maschinenbau, Elektroindustrie u. a.) in Ostdeutschland aus. Die Produktion expandierte dadurch im Zeitraum von 1991 bis 1995 um rund das 1,7fache bzw. durchschnittlich jährlich fast 30%.⁶ Nach dem Ende des Baubooms haben sich die Wachstumsraten zwar deutlich verringert, waren aber mit durchschnittlich jährlich 10 % von 1996 bis 2000 weiterhin beachtlich. Sie entsprachen damit dem Entwicklungstempo des gesamten Verarbeitenden Gewerbes in den neuen Ländern.

Im Jahr 2000 erzielten die Betriebe einen Umsatz von rund 13 Mrd. DM; davon wurden rund neun Zehntel im Inland und ein Zehntel im Ausland Erlöst. Die Exporte sind in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut worden. Ihr Anteil am Gesamtumsatz (9,2%) ist jedoch im Vergleich zu Westdeutschland (23,5%) noch sehr gering. Dominante Produktionssparte ist – mit über 40% Anteil am Branchenumsatz – der Stahl- und Leichtmetallbau, dessen Produktions- und Umsatzwachstum seit 1995 allerdings erheblich nachgelassen hat und zudem von starken Schwankungen betroffen war. Im Jahr 2000 erzielten die über 540 Betriebe (rund 29 000 Beschäftigte) einen Umsatz von 5,5 Mrd. DM. Sie steuerten damit ein Sechstel zum gesamtdeutschen Umsatz des Stahl- und Leichtmetallbaus bei. Kräftig zugelegt haben demgegenüber die Betriebe, die Schmiede-, Press-, Zieh- und Stanzteile (z. B. für die Automobilindustrie) herstellen sowie Oberflächenveredlungen und Wärmebehandlungen von Teilen durchführen. Deren Produktion hat sich von 1995 bis 2000 mehr als verdoppelt bzw. verdreifacht. Dagegen mussten die Kessel- und Behälterbauer, wie in Westdeutschland, ihre Produktion weiter einschränken.

Investiert haben die Betriebe in die Erneuerung und Erweiterung der Anlagen von 1991 bis 2000, nach Daten des ifo Instituts München, ca. 9 Mrd. DM, darunter die Betriebe des Stahl- und Leichtmetallbaus allein 5 Mrd. DM. Die Kapitalintensität entspricht damit im Schnitt etwa zwei Drittel des westdeutschen Niveaus. Die Modernisierung und Erweiterung des Anlagenbestandes war, neben dem Personalabbau, eine wesentliche Voraussetzung zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Beschäftigtenzahl (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) ist 2000 zum ersten Mal leicht angestiegen, von rund 119 000 (1999) auf 120 400; hierbei sind auch kleinere Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten berücksichtigt.

In der Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten) haben die Betriebe 1999 nach Berechnungen des DIW Berlin etwa 75% des Niveaus in Westdeutschland erreicht. Die Lücke ist u. a. mit der um ein Drittel geringeren Betriebsgröße und Kapitalintensität zu erklären.

⁶ Ein höheres jährliches Produktionswachstum verzeichneten in dieser Periode nur noch die Automobilindustrie und die Kunststoffwarenindustrie.

H IW

2.8 Metallerzeugung und -bearbeitung

Die Metallerzeugung und -bearbeitung⁷ begann sich nach tiefen Produktionseinschnitten Anfang der 90er Jahre seit 1993/1994 allmählich zu erholen. Zu einem deutlichen Wachstum in der Produktion und im Umsatz kam es indes erst seit 1997 – nachdem die Restrukturierung und Modernisierung der Unternehmen weiter vorangetrieben worden war und die Nachfrage nach Stählen, Blechen usw. durch das verbesserte konjunkturelle Umfeld spürbar angezogen hatte. Erhebliche Marktanteilsgewinne wurden im Ausland erreicht, was als Beleg für die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe angesehen werden kann. Darauf deutet ebenso die Erholung und Verbesserung der Beschäftigung seit 1998 hin. Im Vergleich zu Betrieben in Westdeutschland sind u. a. noch Defizite in der Produktivität und Ertragslage auszumachen.

Die Privatisierung und Umstrukturierung der mehr als 200 Betriebe dieser Branche mit rund 210 000 Beschäftigten⁸ Ende 1989 gehörte zu den schwierigsten Aufgaben bei der Überführung der DDR-Industrie in die Marktwirtschaft. Hauptprobleme bestanden darin, dass neben einzelnen modernen Anlagen viele zumeist völlig überaltert waren, teilweise noch in großem Umfang nach überholten Verfahren (z. B. die Rohstahlerzeugung nach dem Siemens-Martin-Verfahren) produziert wurde und technologische Lücken für eine wirtschaftliche Fertigung in einzelnen Betrieben (z. B. fehlende Warmwalzstufe in der EKO-Stahl AG Eisenhüttenstadt) existierten. Hinzu gesellten sich ungünstige äußere Bedingungen Anfang der 90er Jahre (Krise der Stahlindustrie in Westdeutschland/Westeuropa und der Zusammenbruch des osteuropäischen Marktes). Außerdem mussten die verbleibenden Kapazitäten den durch Europarecht vorgegebenen Produktionsbeschränkungen angepasst werden. Unter diesen Bedingungen zeigten insbesondere die westdeutschen Großunternehmen wenig Interesse, sich in Ostdeutschland dauerhaft zu engagieren.

Die geringe Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen und die genannten „äußeren“ Faktoren führten bis 1992 (zum Teil bis 1993/1994) zu gravierenden Einbrüchen in der Produktion und in der Beschäftigung. Die Rohstahlproduktion z. B. ging von 7,8 Mio. t im Jahr 1989 um 62 % (4,8 Mio. t) auf 3,0 Mio. t 1992 zurück. Durch die dynamische Entwicklung der Bautätigkeit in Ostdeutschland kam es ab 1993 in Teilbereichen der Stahlverarbeitung zu kräftigen Produktionsausweitungen. Infolge des Rückgangs des Stahleinsatzes je Produktionseinheit belebte dies jedoch nur in geringem Maße die Stahlerzeugung. Mit den Fortschritten in der Privatisierung – etwa 30 % der Unternehmen wurden von ausländischen und westdeutschen Unternehmen erworben – wurde die Umstrukturierung der Unternehmen beschleunigt. Kräftig investiert wurde in die Erneuerung und Erweiterung der Produktionsanlagen. Von 1991 bis 2000 flossen darin insgesamt etwa 8,5 Mrd. DM, darunter knapp die Hälfte in die Eisen- und Stahlschaffende Industrie. Die Kapitalintensität ist indes, nach Berechnungen des DIW Berlin, etwa ein Zehntel höher als in der westdeutschen Metallerzeugung und -bearbeitung.

Im Ergebnis der Restrukturierungsmaßnahmen haben sich Produktion und Umsatz von 1995 bis 2000 um mehr als die Hälfte erhöht. Die Exporte wurden im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt, sind aber anteilig geringer als in Westdeutschland (29/37%). Überdurchschnittlich stiegen die Umsätze der Gießereien (97,5%) und der NE-Metall produzierenden Betriebe (74%) an, die zunehmend von der hohen Nachfrage nach Vorprodukten der Investitionsgüter- und Elektroindustrie sowie des Automobilbaus profitierten. 2000 wurden u. a. 6,15 Mio. t Rohstahl und 5,4 Mio. t warmgewalzte Stahlerzeugnisse hergestellt, was jeweils knapp ein Siebtel der gesamtdeutschen Produktion war. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist 2000, unter Einbeziehung der kleineren Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, leicht angestiegen; und zwar um über 300 Personen gegenüber 1999 auf 33 300.

In der Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, haben die Betriebe nach Berechnungen des DIW Berlin etwa 60 % des westdeutschen Niveaus erreicht. Eine Ursache für ihren Rückstand besteht darin, dass sie im Schnitt über ein Drittel kleiner sind als die Betriebe in Westdeutschland.

⁷ Hierzu zählen Stahlwerke, Ziehereien, Kaltwalzwerke, Betriebe der NE-Metallindustrie und Gießereien.

⁸ In den Daten sind zum Teil Betriebe enthalten, die Metallerzeugnisse herstellen.

H IW

2.9 Steine und Erden- sowie Glas- und Keramikindustrie

Die Entwicklung der Steine und Erden-Industrie⁹ und – mit Abstrichen – auch die der Glas- und Keramikindustrie wurde vor allem von der Entwicklung der Baunachfrage in Ostdeutschland geprägt. Dementsprechend war die erste Hälfte der 90er Jahre von einer hohen Wachstumsdynamik geprägt. Danach, als die Baunachfrage nachließ, gingen auch die Wachstumsraten erheblich zurück. Im Jahr 2000 ist die Produktion sogar zum ersten Mal geschrumpft. Dennoch gehört diese Branche zu den bedeutendsten in Ostdeutschland. Bei wichtigen Indikatoren (Produktion, Umsatz, Beschäftigung) übertrifft sie solche Zweige wie die Metallherstellung und -verarbeitung und die Elektrotechnik.¹⁰ Der Anteil am Umsatz des gesamten Verarbeitenden Gewerbes ist (mit über 6%) etwa zweieinhalb Mal so groß gegenüber dem Anteil, den diese Branche in Westdeutschland hat. In der Arbeitsproduktivität haben die Betriebe, vor allem durch kräftige Investitionen in die Modernisierung und Erweiterung der Anlagen sowie Personalabbau, etwa drei Viertel des Niveaus in Westdeutschland erreicht.

Die Unternehmen der Steine und Erden-Industrie hatten nach dem Übergang zur Marktwirtschaft mit gleichen oder ähnlichen Problemen (fehlende wettbewerbsfähige Erzeugnisse, veralteter Kapitalstock, personelle Überbesetzung u. a.) zu kämpfen wie die meisten Unternehmen in Ostdeutschland. Weniger betroffen waren sie vom Zusammenbruch der Ostmärkte. Trotzdem kam es 1990 und 1991 zu kräftigen Einschnitten in der Produktion – z. B. war die Zementproduktion 1991 (2,4 Mio. t) um rund 80% niedriger als 1989 (12,2 Mio. t) – und in der Beschäftigung. Dies änderte sich relativ schnell mit der kräftigen Entwicklung der Bautätigkeit, die ab 1992 einsetzte und bis etwa Mitte 1995 andauerte.¹¹ Der absehbare gewaltige Baubedarf hatte zudem frühzeitig das Interesse westdeutscher und ausländischer Unternehmen am Erwerb osteutscher Betriebe der Baustoffindustrie geweckt. Ähnlich wie im Straßenfahrzeugbau wurde etwa die Hälfte der ostdeutschen Unternehmen von westdeutschen oder ausländischen Investoren erworben. Beides – die zügige Privatisierung und die expandierende Nachfrage nach Baustoffen – schuf günstige Voraussetzungen, dass die Modernisierung und Restrukturierung der Unternehmen im Vergleich zu vielen anderen Industriezweigen in Ostdeutschland rascher vorankamen. Von 1991 bis 2000 wurden, nach Angaben des ifo Instituts München, insgesamt etwa 15 Mrd. DM in die Erneuerung und Erweiterung der Anlagen investiert; pro Beschäftigten fast das Doppelte wie in den alten Bundesländern. Die Kapitalintensität ist dadurch höher als in Westdeutschland. Dies hat auch merklich die Arbeitsproduktivität verbessert. 2000 erreichten die Betriebe in der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten, nach Berechnungen des DIW Berlin, im Schnitt etwa 75% des westdeutschen Niveaus, bei zum Teil deutlichen Unterschieden zwischen einzelnen Produktionssparten. So kamen die Unternehmen der Zement-, Kalk- und Gipsproduktion bereits 1996 an das Produktivitätsniveau in Westdeutschland heran.

Der maßgebliche Einfluss der Baunachfrage spiegelt sich in den Wachstumsraten der untersuchten Branche wider. Während sich die Produktion im Zeitraum von 1991 bis 1994, von einem niedrigen Niveau ausgehend, mehr als verdoppelte, stieg sie von 1995 bis 2000 nur noch um 15 % an. Lediglich in der Glasproduktion und -verarbeitung war das Produktionswachstum nach 1995 höher als davor – bedingt u. a. durch den kräftigen Anstieg der Produktion von Flachglas und Glasfasern.

Vom Gesamtumsatz im Jahr 2000 (11,4 Mrd. DM) wurde rund ein Zehntel im Ausland Erlöst. Die Exportquote ist jedoch erst halb so groß wie in Westdeutschland (21%).

Nach dem erheblichen Personalabbau zu Beginn der 90er Jahre stieg die Beschäftigung bis Mitte 1995 leicht an. Danach hat sich der Beschäftigungsrückgang wieder fortgesetzt. Von Mitte 1999 bis Mitte 2000 verringerte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die kleineren Betriebe unter 20 Beschäftigte einbezogen, von 53 000 auf 51 800. Insgesamt gingen seit 1989 etwa 60% der Arbeitsplätze verloren, darunter in der Verarbeitung von Steinen und Erden „nur“ etwa jeder zweite. Der

⁹ Verarbeitung von Steinen und Erden, ohne ihre Gewinnung.

¹⁰ Begrenzt auf die Produktion von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä. (Abteilung 31 der WZ 93).

¹¹ Die Bauinvestitionen, in Preisen von 1995, erhöhten sich 1992 gegenüber 1991 um 43,0 % und 1993 sowie 1994 um rund 20 bzw. 24 % gegenüber den jeweiligen Vorjahren.

H

Personalabbau fiel damit im Vergleich zu den meisten anderen Industriebranchen in Ostdeutschland wesentlich moderater aus.

2.10 Gummi- und Kunststoffwarenindustrie

Die Gummi- und Kunststoffwarenindustrie gehört zu den Industriebranchen in Ostdeutschland, die sich nach dem Übergang in die Marktwirtschaft überdurchschnittlich entwickelt haben. Das Produktionsvolumen wurde von 1991 bis 2000 vervierfacht und seit 1995 um etwa zwei Drittel ausgedehnt.¹² Bis Mitte der 90er Jahre sorgte vor allem die expandierende Nachfrage nach Baubedarferzeugnissen in Ostdeutschland für hohe Wachstumsraten. Danach haben sich die Betriebe immer stärker in anderen Bereichen, vor allem als Zulieferer für technische Kunststoffteile, etablieren können. Dafür wurden zunehmend auch Auslandsmärkte erschlossen.

Die Betriebe der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie, in denen Ende 1989 rund 70 000 Arbeitskräfte beschäftigt waren, mussten nach dem Übergang in die Marktwirtschaft, wie die Mehrzahl der Betriebe in Ostdeutschland, tiefgreifende Veränderungen einleiten, um wettbewerbsfähig zu werden. Dies führte in der Anfangsphase zu drastischen Produktions- und Absatzrückgängen sowie zu einem kräftigen Personalabbau. So ging in den damaligen Pneumant Reifenwerken Fürstenwalde, dem ehemals größten Reifenproduzenten in der DDR, der Umsatz im Jahr 1990 um rund ein Drittel gegenüber 1989 und im Jahr darauf noch einmal um rund 60% zurück (Reifen für die Pkw „Trabant“ und „Wartburg“ wurden bekanntlich nicht mehr benötigt). Die Restrukturierung wurde zumeist durch die Privatisierung beschleunigt. Etwa ein Fünftel der Unternehmen, die von westdeutschen oder ausländischem Unternehmen erworben wurden, konnten danach von der Kapitalstärke, den Vertriebskanälen und dem weiteren Know-how ihrer Mutterunternehmen profitieren.

Die Produktion von Kunststoffwaren, die etwa fünf Sechstel der Gesamtproduktion der Branche ausmacht, begann sich bereits Mitte 1991 und damit erheblich früher als die Produktion von Gummiwaren zu erholen. Die rasche Ausweitung der Bautätigkeit in Ostdeutschland führte zu einer hohen Nachfrage nach Baubedarfsartikeln wie Türen, Fenster, Bodenbelägen, Sanitärwaren usw. Von 1991 bis 1995 belief sich das durchschnittlich jährliche Produktionswachstum, freilich von einem geringen Niveau ausgehend, auf fast 30%. Baubedarferzeugnisse hatten 1995 einen Umsatzanteil an der Kunststoffwarenindustrie von 45%. Dieser schmolz danach, bedingt durch das Schrumpfen der Binnennachfrage, auf rund 30% (2000) ab (in Westdeutschland haben sie „nur“ einen Anteil von 13%). Dafür wurde die Produktion und der Absatz technischer Zulieferteile für verschiedene Branchen sowie von Platten, Folien, Schläuchen usw. immer stärker ausgeweitet. Der gesamte Umsatz an Kunststoffwaren im Jahr 2000 betrug rund 6,7 Mrd. DM, das entsprach 8,5% des gesamtdeutschen Umsatzes an Kunststoffwaren. Die anteiligen Lieferungen in das Ausland, die von 1995 bis 2000 mehr als verfünffacht wurden, betragen rund ein Fünftel, erreichten jedoch nicht das westdeutsche Niveau (30%).

Die Produktion von Gummiwaren, die (erst) ab Mitte 1993 wieder anzog, ist seit 1995 um zwei Drittel und damit ähnlich wie die Kunststoffwarenproduktion gestiegen. 2000 setzten die 49 Betriebe Waren im Wert von 1,15 Mrd. DM um, darunter zu zwei Drittel sogenannte „sonstige Gummiwaren“ (u. a. Schläuche, Rohre, Förderbänder, Bodenbeläge). Der Anteil der Reifenproduktion ist geringer als in Westdeutschland. Die Exportquote der Gummiwarenproduzenten betrug 21,4% (in Westdeutschland 34%).

Der langjährige kräftige Produktions- und Umsatzanstieg hat, anders als in den meisten anderen ostdeutschen Industriebranchen, bereits früh wieder zu einem Anstieg der Beschäftigung geführt. Von 1993 bis 1998 nahm sie um etwa ein Viertel zu. Mitte 2000 waren 36 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie tätig, rund 1 000 mehr als ein Jahr zuvor.

In der Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten) haben die Betriebe, wie aus Berechnungen des DIW Berlin hervorgeht, etwa zwei Drittel des westdeutschen Niveaus erreicht. Zum Wachstum der Produktivität haben die Investitionen in die Modernisierung und Erweiterung der Anlagen entscheidend beigetragen. Dafür wurden von 1991 bis 2000 insgesamt ca. 3,7 Mrd. DM aufgewendet. Der größte Teil davon (ca. 2,7 Mrd. DM) floss in die Kunststoffwarenindustrie. Letztere gehört zu den weni-

¹² Das Verarbeitende Gewerbe legte in diesen Zeiträumen um rund 94 % bzw. 56 % zu.

gen Industriebranchen in Ostdeutschland, deren Unternehmen bereits seit Mitte der 90er Jahre rentabel wirtschaften.

H

IW

2.11 Schiffbau und Schienenfahrzeugbau

Der Schiffbau und der Schienenfahrzeugbau¹³ gehören zu den denjenigen Industriezweigen in Ostdeutschland, die im Zuge erheblich veränderter Marktbedingungen kräftig geschrumpft sind. In beiden Zweigen war die Produktion im Jahr 2000 um etwa die Hälfte geringer als im Jahr 1991. Die verbliebenen Kapazitäten wurden indes mit einem großen Aufwand privater und öffentlicher Mittel restrukturiert und modernisiert. Dadurch hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erheblich verbessert. Dies hat u. a. bewirkt, dass der Produktions- und Beschäftigungsabbau in beiden Branchen – vor dem Hintergrund von Nachfrageschwäche und äußerst hartem Konkurrenzkampf – tendenziell geringer geworden ist.

Die Unternehmen des Schiffbaus und des Schienenfahrzeugbaus hatten einen vergleichsweise hohen Umstrukturierungs- und Anpassungsbedarf nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu bewältigen.

Vor der Wende sicherten vor allem die umfangreichen Bestellungen der Sowjetunion die Auslastung der relativ großen Kapazitäten in der DDR. Sie waren z. B. 1990 im Schiffbau nur um ein Siebtel kleiner als in Westdeutschland. Schiffe wie Schienenfahrzeuge wurden in großen Serien gefertigt, im Vergleich zur westlichen Konkurrenz auf einem niedrigeren technischen Niveau und mit einer etwa um die Hälfte geringeren Produktivität. Die ungenügende Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Zusammenbruch des Handels mit der ehemaligen Sowjetunion Anfang der 90er Jahre führten zwangsläufig zu Produktionseinschränkungen und einem kräftigen Personalabbau, die allerdings in den beiden Branchen in einem unterschiedlichem Tempo verliefen. So sicherte die Abarbeitung von Großverträgen, die noch mit der Sowjetunion abgeschlossen worden waren, den Schienenfahrzeugbaubetrieben bis 1994 eine relativ gute Auslastung. Erst danach ging die Produktion deutlich zurück. Eine zwischenzeitlich wieder ansteigende Inlandsnachfrage führte 1997 sogar nochmals zu einem kräftigen Umsatzsprung. Demgegenüber brach die Produktion im Schiffbau bereits zu Beginn der 90er Jahre kräftig ein; 1992 schrumpfte sie weiter, gegenüber 1991 um 70%. Die Restrukturierung der Werften kam durch den zum Teil äußerst schwierigen Privatisierungsverlauf nur schwer voran; für zwei von ihnen wurde sie außerdem durch den Missbrauch öffentlicher Mittel durch den einstigen westdeutschen Eigentümer verschleppt.

Investiert wurden von 1991 bis 2000, nach Angaben des ifo Instituts München, in die Schiffbauunternehmen ca. 2,8 Mrd. DM. Durch die Investitionen ist z. B. die Kvaerner Warnow Werft in Rostock zu einer der modernsten und produktivsten Kompaktwerften Europas geworden. Die Investitionen in die Unternehmen des Schienenfahrzeugbaus beliefen sich im gleichen Zeitraum auf etwa 1,6 Mrd. DM.

Im Jahr 2000 wurden durch den Schiffbau Güter im Wert von 2,0 Mrd. DM abgesetzt. Der Umsatz erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 73%. Da die Produktion lediglich um knapp 1% anstieg, resultiert das Umsatzwachstum vor allem aus der diskontinuierlichen Auslieferung von Schiffen. Die volle Auslastung der modernen Kapazitäten wird bis 2005 durch Produktionsquoten der EU beeinträchtigt. Im Schienenfahrzeugbau nahm der Umsatz gegenüber 1999 um 9% auf 3,1 Mrd. DM zu. Damit belief sich der Anteil am gesamtdeutschen Umsatz auf 38,5% (1995: 34,3%). Der Anteil der Auslandslieferungen war, mit 15%, relativ niedrig und wird zukünftig, um die Auslastung der Kapazitäten zu sichern, weiter steigen müssen.

Während der Schiffbau und der Schienenfahrzeugbau schrumpften, hat eine in der DDR bedeutungslose Branche, der Luft- und Raumfahrzeugbau, eine äußerst dynamische Entwicklung genommen. Insbesondere die Produktionswirksamkeit der Investitionen eines Britischen Flugzeugtriebwerkeherstellers Ende 1996 hat zu einem steilen Produktions- und Beschäftigungsanstieg geführt. 2000 wurde von den Unternehmen dieser Branche bereits ein Umsatz von rund 2 Mrd. DM Erlöst. Er war damit ähnlich hoch wie der des Schiffbaus. Der Anteil der Exporte betrug über 80%. Seit 1995 wurden 1 700 neue Arbeitsplätze geschaffen, so dass im Jahr 2000 2 700 Mitarbeiter beschäftigt waren. Trotz des rasanten Wachstums ist die

¹³ Branchen, die nach der Wirtschaftszweigklassifikation der amtlichen Statistik dem „Sonstigen Fahrzeugbau“ zugerechnet werden. Außerdem zählen dazu der Luft- und Raumfahrzeugbau sowie die Herstellung von Krafträdern, Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen.

H

wirtschaftliche Bedeutung dieser Branche noch relativ klein. Das gilt besonders im Vergleich zu Westdeutschland.

IWH

—

2.12 Verlags- und Druckgewerbe

Das Verlags- und Druckgewerbe gehört – mit einem Anteil an der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes von knapp 6% – zur Gruppe der mittelgroßen¹⁴ Industriezweige in den neuen Bundesländern. Es zählt zu denjenigen Branchen, deren Unternehmen den nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung notwendigen Umbau und die Restrukturierung weitgehend abgeschlossen und im Ergebnis einen hohen Angleichungsstand an die Produktivität in Westdeutschland erreicht haben. Das gilt insbesondere für die Betriebe des Druckgewerbes¹⁵, die ihre Produktion im Zeitraum von 1995 bis 2000 mehr als verdoppelten.

Die Betriebe des Druckgewerbes haben ihre Marktposition deutlich verbessern können. Bei Produktion und Umsatz haben sie zwischen 1995 und 2000 jährlich zweistellige Wachstumsraten erzielt. 2000 belief sich der Umsatz der 166 Betriebe mit über 20 Beschäftigten auf rund 1,6 Mrd. DM¹⁶, wovon über 95% im Inland erlöst wurden. Die Exportquote ist damit noch nicht einmal halb so groß wie in Westdeutschland (11%).

Die Expansion spiegelt die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Druckereien wider. Dazu haben, neben solchen Maßnahmen wie dem Personalabbau, dem Ausbau des Marketing und der Qualifizierung des Personals, die Modernisierung und Erweiterung der Anlagen wesentlich beigetragen. Von 1991 bis 2000 wurden dafür etwa 2,2 bis 2,4 Mrd. DM investiert, das ist pro Beschäftigten etwa das 1,5-fache der Investitionen der Betriebe in Westdeutschland. Die Kapitalintensität der Betriebe ist, wie Rechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, ergeben haben, noch etwa ein Zehntel und die Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten) noch rund 5% niedriger als in Westdeutschland. Die Einschätzungen relativieren sich, wenn die Vielzahl kleinerer Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten (über 1 000 in Ostdeutschland) einbezogen wird. Nach Verbandsangaben¹⁷ würde z. B. die Produktivität erst bei 75 bis 80% liegen.

Die Betriebe des Verlagsgewerbes, die in der Mehrzahl von westdeutschen Unternehmen erworben wurden, haben die Produktion und den Umsatz von 1995 bis 2000 um 20 bzw. 31% ausgedehnt und sich im Vergleich zur Druckindustrie deutlich schwächer entwickelt. Den Verlagen der Tageszeitungen machen, stärker als in Westdeutschland, jährlich sinkende Auflagen zu schaffen. Von 1995 bis 2000 (jeweils II. Quartal) hat die Zahl der verkauften Tageszeitungen um rund 1,1 Mio. Stück bzw. um mehr als ein Fünftel auf rund 3,9 Mio. Exemplare abgenommen. Die Einnahmen der Regionalzeitungen aus Anzeigen und Beilagen sind, nach einem Anstieg bis 1995, nicht mehr weiter gewachsen und sogar jährlich um etwa 1 bis 2% zurückgegangen. Gründe für die schwierige Lage auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt sind u. a. die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die ungenügende Ertragskraft vieler Betriebe. Die Buchverlage haben sich zudem einer starken Konkurrenz aus dem Westen zu erwehren. Ihre Jahresumsätze schwankten von 1995 bis 2000 zwischen 300 Mio. DM und 340 Mio. DM. Im Vergleich zu Westdeutschland haben sie, ebenso wie die Zeitschriftenverlage, eine geringe wirtschaftliche Bedeutung. 2000 hatten sie zusammen lediglich knapp ein Sechstel Umsatzanteil am Verlagsgewerbe (3,9 Mrd. DM), die in Westdeutschland dagegen rund die Hälfte.

Das zum Teil kräftige Produktions- und Umsatzwachstum hat sich günstig auf die Beschäftigung ausgewirkt. Nach jahrelangem Personalabbau kam es im gesamten Verlags- und Druckgewerbe seit 1997 wieder zu einem leichten Anstieg der Beschäftigtenzahl. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich unter Einbeziehung der Betriebe mit weniger als 20 Mitarbeitern von 30 150 Mitte 1999 auf 31 500 Mitte 2000 erhöht.

¹⁴ Vom Produktionsvolumen ausgehend zählen dazu solche Branchen wie die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik.

¹⁵ Die Praxis, dass die Betriebe den einzelnen Wirtschaftszweigen entsprechend dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zugeordnet werden, bedingt, dass einzelne Druckereibetriebe beim Verlagsgewerbe (umgekehrt wohl kaum) erfasst und abgerechnet werden. Der Vergleich mit Daten aus der fachlichen Berichterstattung, die exakter trennt, zeigte, dass dadurch die hier getroffenen Aussagen nur unwesentlich beeinträchtigt werden.

¹⁶ Etwa 90% der Betriebe des Druckgewerbes haben weniger als 20 Beschäftigte; sie wurden demzufolge hier nicht erfasst.

¹⁷ Verband Druck und Medien Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt.

2.13 Papiergewerbe

Das Papiergewerbe,¹⁸ das (wie z. B. das Verlags- und Druckgewerbe) zu den kleineren Branchen in Ostdeutschland zählt, hat sich zunehmend zu einem modernen und wettbewerbsfähigen Industriezweig entwickelt. Wesentlich beeinflusst wurde dies durch das Engagement privater Investoren. Die Fortschritte zeigen sich u. a. in einem überdurchschnittlichen Produktionswachstum seit 1993, in einer Exportquote, die etwa so hoch ist wie die in Westdeutschland, und in einer deutlichen Verbesserung der Produktivität und Ertragslage der Unternehmen.

Das Papiergewerbe kam nach der Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung nur schwer in Gang. Ein wesentlicher Grund bestand darin, dass die meisten Unternehmen wegen ihrer zu geringen Größe, zu breiter Fertigungsprogramme, sehr veralteter und verschlissener Ausrüstungen sowie eines überhöhten Personalbestandes nicht wettbewerbsfähig waren und deshalb auch nur schwer Käufer fanden. Bis Ende 1994 wurden mehr als 50 (zumeist kleinere) Unternehmen, das waren rund 40% des vormaligen Unternehmensbestandes, liquidiert. Besonders gravierend waren die Zellstoffproduzenten betroffen: von neun Unternehmen wurden bereits Anfang 1991 sieben stillgelegt. Produktion und Absatz dieser Branche brachen dadurch zu Beginn der 90er Jahre stark ein; z. B. schrumpfte die Herstellung von Papier auf rund die Hälfte, und die Erzeugung von Pappe (beide unveredelt) ging auf ein Zehntel 1992 gegenüber 1989 zurück.

Für die weitere Entwicklung des Papiergewerbes in Ostdeutschland war vor allem das Engagement privater Investoren maßgeblich. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Entscheidungen eines westdeutschen Unternehmens und eines finnisch-schwedischen Konsortiums, neue moderne Papierfabriken in Ostdeutschland (Schwedt, Eilenburg b. Leipzig) zu errichten. Ihre Inbetriebnahmen 1993 bzw. 1994 und die Investitionen in den privatisierten Unternehmen – etwa jedes Dritte befindet sich in westdeutschem oder ausländischem Besitz – haben zu einem kräftigen Anstieg der Produktion geführt. Von 1993 bis 1995 hat sie sich verdoppelt und danach, von 1995 bis 2000, noch einmal um rund 40% erhöht. Daraus resultiert insgesamt eine Verdreifachung der Produktion gegenüber 1993, dem Tiefpunkt in der Umbruchphase. Im gleichen Zeitraum steigerte das gesamte Verarbeitende Gewerbe seine Produktion auf etwa das Doppelte.

Der Umsatz erhöhte sich im Jahr 2000 gegenüber 1999 um fast ein Viertel auf rund 4,6 Mrd. DM. Damit stieg er deutlich stärker an als die Produktion (3,5%). Hieraus ist zu vermuten, dass es den Unternehmen gelungen ist, die seit Mitte 1999 kräftig gestiegenen Kosten für Zellstoff und Altpapier zumindest teilweise auf ihre Erzeugnispreise zu überwälzen. Rund ein Drittel des Umsatzes wurde, wie schon einige Jahre zuvor, im Ausland Erlöst, von den papier- und pappeerzeugenden Unternehmen sogar fast die Hälfte (in Westdeutschland 34,7 bzw. 50,7%). Viele Unternehmen profitieren offenbar von der Marktposition und den Vertriebskanälen ihrer westdeutschen oder ausländischen Mütter.

In die Erneuerung des Papiergewerbes sind von 1991 bis 2000 rund 5,5 Mrd. DM investiert worden. Der größte Teil – etwa drei Viertel des Betrages – ist in die Papier- und Papeerzeugung geflossen, die auch erheblich kapitalintensiver als die Verarbeitung ist. Insgesamt entspricht die Kapitalintensität in der gesamten Branche, wie Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, ergeben haben, in etwa der in Westdeutschland. Mit den Investitionen war ein kräftiger Produktivitätsschub verbunden. Die Betriebe haben dadurch etwa drei Viertel der Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten) in Westdeutschland erreicht. Eine Ursache für die noch vorhandene Produktivitätslücke ist die um etwa 40% geringere Betriebsgröße.

Im Vergleich zu vielen anderen Industriebranchen in den neuen Bundesländern erwirtschafteten die Unternehmen des Papiergewerbes bereits 1996 im Schnitt Gewinne, die 1997 weiter ausgebaut wurden. Durch die deutlich niedrigeren Lohnstückkosten wurden sogar westdeutsche Referenzwerte übertroffen. 1999 und noch mehr im Jahr 2000 dürfte es allerdings durch den hohen Rohstoffpreisanstieg zu Ertragschmälerungen gekommen sein, von denen freilich auch die Unternehmen in Westdeutschland betroffen waren.

¹⁸ Dazu gehören alle Unternehmen, die Holzstoffe, Zellstoffe, Papier, Karton und Pappe erzeugen und verarbeiten.

IWH

H IW

2.14 Holzindustrie (ohne Möbelproduktion)

Die Holzindustrie (ohne Möbelproduktion) gehört zu den relativ kleinen, aber wachstumsstarken Industriebranchen in Ostdeutschland. Ihre Entwicklung ist vor allem mit der Bau- und Modernisierungstätigkeit in den neuen Ländern verknüpft. Die Produktion stieg daher, von einem relativ niedrigen Niveau ausgehend, besonders kräftig bis 1995 an. Danach schwächte sich das Wachstum zwar ab, übertraf aber – mit einer Steigerung von rund 60% 2000 gegenüber 1996 – weiterhin das des gesamten Verarbeitenden Gewerbes (+47 %). Dämpfende Einflüsse, die von der schrumpfenden Bau-Nachfrage ausgingen, wurden durch die kräftige Ausweitung der Produktion in den übrigen Sparten, insbesondere die Furnier-, Sperrholz-, Holzfaserverplatten- und Holzspanplattenwerke, teilweise egalisiert. Darüber hinaus sind verstärkt Exporte vorgenommen worden. Die Exportquote belief sich im Jahr 2000 auf rund 23% und ist seit 1996 sogar höher als in Westdeutschland (2000: 14,8%).

Der Übergang zur Marktwirtschaft stellte die meisten Unternehmen der Holzindustrie vor eine völlig veränderte Situation. Viele Erzeugnisse wurden plötzlich nicht mehr nachgefragt; langjährige Liefer- und Leistungsbeziehungen gingen weitgehend verloren. Der Zusammenbruch der Sowjetunion verschärfte die Absatz- und Liquiditätsprobleme. Drastische Produktionseinschränkungen und ein kräftiger Personalabbau wurden unumgänglich. Bereits im Jahr 1990 wurden z. B. fast ein Drittel weniger Schnittholz und mehr als 40% weniger Furniere als 1989 produziert. Die Rückgänge setzten sich bis 1992 und zum Teil darüber hinaus fort.¹⁹ Durch die Treuhandanstalt wurde ein Drittel des übernommenen Unternehmensbestandes liquidiert.

Vom „Anspringen“ des Baubooms profitierten relativ frühzeitig nur die Produzenten von Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten; Betriebe also, die für Gebäude Balken, Binder, Türen, Fenster, Treppen, Parkettböden usw. herstellen. Ihre Produktion expandierte aufgrund der starken Nachfrage von 1991 bis 1995 um rund das Dreifache, während sie in der gesamten Holzindustrie „nur“ um das 1,4fache zunahm. Danach, als die Bauinvestitionen schrumpften, verringerten sich auch die Wachstumsraten in jenen Betrieben deutlich. Ihr Produktionszuwachs betrug von 1996 bis 1999 noch rund ein Drittel; 2000 ging die Produktion sogar zum ersten Mal zurück (minus 6,5% gegenüber 1999). Vom Rückgang der Bau-Nachfrage in Ostdeutschland waren auch weitere Sparten der Holzindustrie betroffen, jedoch nicht im gleichen Maße. So haben die Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke ihre Produktion von 1995 bis 2000 um etwa das Eineinhalbfache gesteigert. Die Furnier-, Sperrholz-, Holzfaserverplatten- und Holzspanplattenwerke, die überwiegend Betriebe der Möbelindustrie beliefern, haben im gleichen Zeitraum die Produktion beinahe verdreifacht. Ihr Umsatzanteil hat dadurch deutlich zugenommen. Im Jahr 2000 betrug er bereits über 30 % (1995: 19%). Den höchsten Umsatzanteil haben, wie in Westdeutschland, zwar noch die Produzenten von Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen, Ausbauelementen und Fertigteilbauten, jedoch ist ihr Anteil von 54% (1995) auf 37,5% (2000) geschrumpft. Nur eine geringe Rolle spielen, trotz der Verdoppelung der Produktion 2000 gegenüber 1995, weiterhin die Betriebe, die diverse, zumeist kleinere Holzartikel, u. a. für private Haushalte sowie Kork-, Flecht- und Korbwaren fertigen. Der Gesamtumsatz der Holzindustrie betrug 2000 rund 4,3 Mrd. DM, der Anteil am gesamtdeutschen Umsatz dieser Branche immerhin 13%.

Die überdurchschnittliche Produktionsentwicklung hat sich günstig auf die Beschäftigung ausgewirkt. Seit 1996 nimmt die Beschäftigtenzahl wieder zu. Mitte 2000 belief sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf 23 300, rund 900 mehr als Mitte 1999. Hierbei sind kleinere Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten berücksichtigt.

Der Erfolg der Restrukturierungsfortschritte spiegelt sich u. a. in der Produktivität wider. Die Betriebe der Holzindustrie übertrafen, wie Berechnungen des DIW, Berlin, ergeben haben, 1999 erstmalig das Produktivitätsniveau der Betriebe in Westdeutschland. Dazu hat entscheidend die Modernisierung und Erweiterung der Anlagen beigetragen. Von 1991 bis 2000 wurden dafür ca. 3,5 Mrd. DM investiert. Die Kapitalintensität ist nach Berechnungen des gleichen Instituts etwa ein Siebentel höher als in Westdeutschland.

¹⁹ Über das Ausmaß dieser Reduzierungen können wegen unterschiedlicher Erfassungsgrenzen der Unternehmen durch die amtliche Statistik keine Angaben gemacht werden.

H IW

2.15 Möbelindustrie

Die Restrukturierung der Möbelindustrie ist seit dem Übergang zur Marktwirtschaft ein beachtliches Stück vorangekommen. Dies zeigt sich u. a. am Ausbau der Marktposition. Gegen starke Konkurrenz aus Westdeutschland und dem Ausland ist es den Betrieben gelungen, Produktion und Umsatz im Jahr 2000 gegenüber 1995 um etwa ein Drittel zu erhöhen. Dennoch ist die Branche hinter dem Entwicklungstempo des gesamten Verarbeitenden Gewerbes in den neuen Ländern zurückgeblieben.²⁰

Die Unternehmen der Möbelproduktion, die u. a. aus der Umwandlung und Entflechtung der ehemaligen fünf Möbelkombinate (Ende 1989 ca. 70 000 Beschäftigte) entstanden, waren nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu erheblichen Veränderungen gezwungen, um wettbewerbsfähig zu werden – angefangen vom Erzeugnisprogramm und Design der Möbel bis zur Organisation einer modernen und rentablen Produktion. Zahlreiche Unternehmen, die dabei nicht genügend vorankamen, mussten stillgelegt werden. Betriebe, die von westdeutschen oder ausländischen Unternehmen erworben wurden, konnten zumeist von der Kapitalstärke, den Absatzkanälen und dem Know-how ihrer Mütter profitieren. Neben dem Personalabbau gehörte die Erneuerung der Anlagen zu den vorrangigen Aufgaben. Von 1991 bis 2000 haben die Betriebe dafür schätzungsweise knapp 2 Mrd. DM investiert. Dadurch ist ihre Kapitalintensität erheblich gestiegen. Sie beläuft sich, nach Berechnungen des DIW, Berlin, auf etwa 72 bis 75% der Betriebe in Westdeutschland.

Im Rahmen der Neuprofilierung des Erzeugnissortiments haben viele Firmen den Schwerpunkt ihrer Produktion (weg von der Massenware) auf industriell und handwerklich gefertigte Möbel in Kleinserien gelegt. Zahlreiche Betriebe erkannten auch die Chancen, die der Innenausbau von Läden, Gaststätten, Pensionen, Hotels usw. im Zusammenhang mit der dynamischen Investitionsentwicklung in den neuen Ländern bot. Der Umsatz von Büro- und Ladenmöbeln erhöhte sich so im Zeitraum von 1995 bis 2000 um rund die Hälfte auf 640 Mio. DM. Damit wurde 2000 ein Anteil am gesamtdeutschen Umsatz von etwa 11% (1995: 7%) erreicht. Die umsatzstärkste Produktgruppe bilden Möbel für den Wohnbereich. Ihr Umsatz erhöhte sich 2000 gegenüber 1995 um zwei Drittel auf 1,9 Mrd. DM. Lediglich für Sitzmöbel, die in der vorgenannten Gruppierung nicht erfasst sind, wurde nur eine moderate Umsatzsteigerung erzielt (+3%).

2000 setzten die Betriebe mit über 20 Beschäftigten Erzeugnisse im Wert von 3,8 Mrd. DM um. Der Zuwachs gegenüber 1999 betrug, nach jeweils zweistelligen Steigerungsraten 1998 und 1999, ein Prozent und wurde „nur“ durch die Erhöhung des Exports realisiert. Damit wurde zwar die Präsenz auf internationalen Märkten verbessert, gleichwohl verdichten sich die Anzeichen, dass sich die Nachfrage auf dem Binnenmarkt abschwächt und sich die Konkurrenz weiter verschärft. Neben unzureichenden konkurrenzfähigen Angeboten sind es häufig finanzielle Probleme, die den ostdeutschen Möbelbetrieben eine Behauptung und Ausweitung der Marktposition erschweren. Der Anteil am gesamtdeutschen Export (5,3%) ist dadurch, trotz der beachtlichen Steigerung, noch sehr niedrig. Zahlreiche Betriebe, die dem scharfen Wettbewerb nicht gewachsen waren, mussten in den letzten Jahren auch aus dem Markt ausscheiden, mit der Folge, dass die Möbelindustrie zu den wenigen Industriebranchen in Ostdeutschland zählt, in der die Zahl der Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten, nachweislich seit 1995, abgenommen hat (ausgenommen 2000).

Das Produktionswachstum hat zu einer Stabilisierung der Beschäftigung geführt. Seit 1997 kam es sogar zu einem leichten Anstieg der Beschäftigtenzahl. Nicht so günstig sieht es aus, wenn die kleineren Betriebe (mit weniger als 20 Beschäftigten) einbezogen werden. Danach hat sich der Personalabbau weiter fortgesetzt. Mitte 2000 waren rund 1 500 (sozialversicherungspflichtig) Beschäftigte weniger tätig als ein Jahr zuvor. Insgesamt arbeiteten zum genannten Zeitpunkt etwa 27 000 in der gesamten Möbelbranche Ostdeutschlands.

In der Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten) haben die Betriebe rund 60% des Niveaus in Westdeutschland erreicht. Als Ursachen für diese Lücke können u. a. die stärkere Ausrichtung auf Erzeugnisse unterer Preissegmente und der vergleichsweise niedrigere Kapitalstock angesehen wer-

²⁰ Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes nahm von 1995 bis 2000 um 55,5 % zu.

H

den. Außerdem spielt eine Rolle, dass die Betriebe im Schnitt etwa um 40 % kleiner sind als die Betriebe in Westdeutschland.

IWH

2.16 Textilindustrie

Die Textilindustrie wurde, wie es – angesichts der Schrumpfung dieser Branche in Westdeutschland und in vielen weiteren westlichen Staaten – auch nicht anders zu erwarten war, nach dem Übergang zur Marktwirtschaft zu kräftigen Einschnitten gezwungen. Im Jahr 2000 war – mit schätzungsweise rund 22 500²¹ Beschäftigten – noch etwa ein Zehntel der Beschäftigten von 1989 tätig. Gleichwohl deuten die Produktions- und Absatzerfolge der letzten Jahre darauf hin, dass es immer mehr Unternehmen gelingt, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und sich auf den hart umkämpften Märkten zu behaupten.

Die Textilindustrie hat im Gebiet des heutigen Ostdeutschland, vor allem in Sachsen und Thüringen, eine lange Tradition. Zahlreiche wichtige Zweige, wie die Kleiderstoffweberei, die Teppich- und Möbelstoffindustrie, die Kammgarnspinnerei, die Stickerei- und Spitzenherstellung sowie die Wirkerei und Strickerie, waren hier vor dem Zweiten Weltkrieg überdurchschnittlich vertreten. In der DDR gehörte die Branche mit rund 223 000 Beschäftigten und einem Anteil am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes von 5,5% (1989) zu den bedeutenden Wirtschaftszweigen. Mit der Einführung der Marktwirtschaft und der damit verbundenen Öffnung der Märkte wurde jedoch ziemlich schnell klar, dass viele Betriebe dem Wettbewerb nicht gewachsen waren – und ein kräftiger Schrumpfungsprozess folgen würde.

Westdeutsche und ausländische Textilerzeugnisse wurden unmittelbar nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von der ostdeutschen Kundschaft – u. a. wegen der günstigeren Preise, ihrer häufig besseren Qualität und modischen Aktualität – den Angeboten einheimischer Betriebe vorgezogen. Das trug dazu bei, dass bereits im 2. Halbjahr 1990 rund 60% weniger Waren produziert wurden als im 2. Halbjahr 1989. Mit dem Zusammenbruch und Zerfall der Sowjetunion ging wenig später auch der osteuropäische Markt weitestgehend verloren. Neben vielen Betriebsschließungen kam es zu drastischen Produktionseinschränkungen in den verbliebenen Betrieben. Im Branchenschnitt war die Produktion bis zum Spätsommer 1993 rückläufig. Erst danach schwenkte die Textilindustrie auf einen Wachstumspfad ein, den sie bis jetzt nicht verlassen hat. Die Restrukturierung der Betriebe, die durch die zögerliche Privatisierung häufig erst spät in Gang kam, trägt offenbar immer mehr ihre Früchte; so u. a. aus der Modernisierung der Anlagen, in die von 1991 bis 2000 rund 3 Mrd. DM investiert worden sind.

Im Zeitraum von 1995 bis 2000 hat sich die Produktion der Betriebe mit über 20 Beschäftigten um etwas mehr als die Hälfte erhöht. Der Umsatz ist im gleichen Zeitraum um 43 % auf rund 3 Mrd. DM angewachsen. Dabei nahmen die Erlöse aus dem Absatz von gewirkten und gestrickten Stoffen, textilen Bodenbelägen, Vliesstoffen und sonstigen textilen Erzeugnissen überdurchschnittlich zu (Verdoppelung bzw. fast Verdreifachung des Umsatzes). Die Exporte sind gegenüber 1995 um rund 80% auf 660 Mio. DM ausgeweitet worden. Die Exportquote hat jedoch im Vergleich zu 1997 nur geringfügig zugenommen. Demgegenüber haben die Betriebe in Westdeutschland ihre anteiligen Auslandslieferungen von 1997 bis 2000 von 31% auf 36% steigern können. In der Beschäftigung zeichnet sich zwar eine Verbesserung ab, jedoch ist der Personalabbau noch nicht völlig zum Erliegen gekommen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug Mitte 2000 rund 22 100, sie war damit um 900 Personen geringer als Mitte 1999.

Die Arbeitsproduktivität haben die Betriebe erheblich verbessern können; von 1995 bis 1999 um etwa 30%. 1999 erreichten sie – nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin – knapp 70% der Produktivität der Textilfirmen in Westdeutschland. Der Rückstand hängt u. a. mit der um etwa 30% geringeren Betriebsgröße, wodurch z. B. Skalenerträge längst nicht in dem Umfang realisiert werden können, und der um etwa 40% niedrigeren Kapitalintensität zusammen.

Ein weiteres Problem stellt die noch unzureichende Ertragslage dar. Viele Betriebe haben Schwierigkeiten, ausreichend Gewinne zu erwirtschaften. Dadurch bleibt ihre Eigenkapitalsituation angespannt und die Finanzierung von Folgeinvestitionen beeinträchtigt.

²¹ Beschäftigtenzahl, die auch die Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten berücksichtigt.

IWH

3. Literaturverzeichnis

DIE WIRTSCHAFT (Hrsg.): Kombinate – Was aus ihnen geworden ist, Verlag Die Wirtschaft GmbH Berlin München, 1993.

DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Neuzehnter Bericht, in: IWH-Forschungsreihe 5/1999, Halle (Saale), 1999.

DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, Achtzehnter Bericht, in: IWH-Forschungsreihe 6/1998, Halle (Saale), 1998.

GÖRZIG, B./NOACK, G. (DIW): Vergleichende Branchendaten für das verarbeitende Gewerbe in Ost- und Westdeutschland 1991 bis 1999, Berlin 2000.

JÄCKEL, P.: Neue Bundesländer: Rückentwicklung der Industrieinvestitionen zum Normal-niveau schreitet voran, in: ifo Schnelldienst 31/2000.

TREUHANDANSTALT: Dokumentation 1990 – 1994, Bände 4 und 5, Berlin 1994.